

## Im Fokus

---

### **Demokratie chinesischer Prägung – Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas**

### **Democracy, Chinese Style – The 17th Party Congress of the Chinese Communist Party**

Heike Holbig

#### **Abstract**

In mid-October 2007, the Chinese Communist Party held its 17<sup>th</sup> Party Congress. This article analyzes the official documents emanating from this congress in the context of political reform debates of recent years. While the prospects for a broader democratization of China's political system remain slim, there is a clear focus on "inner-party democracy" which aims at increasing the efficiency and legitimacy of one-party rule. Tapping into the core values of Marxism and Socialism as well as into the repertoire of traditional Chinese culture and "national spirit", party rhetorics reveal a growing demand for ideological reaffirmation to cope with perceived challenges to the legitimacy of CCP rule.

*Keywords: China, Chinese Communist Party, political reform, democracy, ideology*

#### **Einleitung**

In seiner Berichterstattung über den XVII. Parteitag der KPCh betonte der englischsprachige Service der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua mehrfach, dass der Begriff „Demokratie“ im Rechenschaftsbericht des Parteichefs Hu Jintao über 60-mal (genau: 61-mal) Erwähnung gefunden habe und damit zu einem der am häufigsten verwendeten politischen Konzepte gehöre (XNA, 15.10.07). Damit bestätigte der englische Nachrichtenservice, dessen Hauptaufgabe in der Antizipation und Befriedigung westlicher Erwartungen an die chinesische Politik besteht, die Hoffnungen auf eine Intensivierung politischer Reform und Demokratisierung in der Volksrepublik, die sich nicht nur im Ausland, sondern teilweise auch unter inländischen Eliten an den jüngsten Parteitag und die damit eingeläutete zweite Amtszeit Hu Jintaos geknüpft hatten. Die vorliegende Analyse

der Ergebnisse dieses parteipolitischen Großereignisses widmet sich vor allem der Frage, welches Demokratieverständnis sich hinter dem inflationären Schlagwort verbirgt und welche Ausrichtung zukünftiger Reformen des politischen Systems der Volksrepublik zu erwarten ist.

In der internationalen Medienberichterstattung werden die im Abstand von fünf Jahren zelebrierten nationalen Parteitage der KPCh mit der gleichen Aufmerksamkeit bedacht wie etwa Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen in demokratischen Staaten. Im Vorfeld des Ereignisses gibt die Intransparenz personalpolitischer Entscheidungen typischerweise Spekulationen über machtpolitische Ränkespiele im Hintergrund anstehender Neubesetzungen der höchsten Parteiämter Vorschub. An Spannung stehen diese den Prognosen über die Wahlchancen von Präsidentschaftskandidaten in demokratischen Wahlen kaum nach, zumal die Bekanntgabe der neuen Mitglieder der Führungselite erst am letzten Tag des einwöchigen Politspektakels stattfindet. Was hingegen die programmatischen Dokumente des Parteitags angeht, allen voran der am ersten Tag verlesene mehrstündige Rechenschaftsbericht des Parteichefs und die sich daraus ergebenden Änderungen im Parteistatut, verliert sich die mediale Momentaufnahme sehr schnell im Dickicht eines nicht enden wollenden ideologischen Jargons, der sich einer handlichen Analyse sperrt. Gemessen an ihrer Wortgewalt und Länge geben diese Dokumente in der Regel sehr wenig greifbar Neues her, abgesehen von einigen weiteren mehr oder weniger hölzernen Schlagworten.

Tatsächlich sollte man von Parteitagsberichten nicht das erwarten, was Parteiprogramme und politische Kursbestimmungen in westlichen Demokratien bieten – konkrete Vorhaben und Versprechen bleiben die Ausnahme. Parteitagsberichte erfüllen im chinesischen Einparteiystem vielmehr die Aufgaben, (1) die theoretisch-ideologischen Errungenschaften der vergangenen fünf Jahre zu konsolidieren (und deren Quintessenz im Parteistatut festzuschreiben), (2) unterschiedliche Positionen und Interessen innerhalb der Führungselite der Partei vor dem Hintergrund laufender parteipolitischer Debatten auszutarieren sowie (3) die jeweilige Führungsspitze behutsam zu profilieren, was grundsätzlich nicht in Abgrenzung von, sondern in organischer Fortentwicklung des Erbes vorangegangener Führungsgenerationen geschieht. Aus diesen Funktionen ergibt sich, dass eine punktuelle Momentaufnahme für die Analyse der Parteitagsdokumente wenig geeignet ist. Die inhaltliche Signifikanz dieser Dokumente ergibt sich erst, wenn sie in einen längerfristigen zeitlichen Kontext gesetzt werden. Konkret empfiehlt sich daher der Vergleich mit vorangegangenen Parteitagsberichten, hier

vor allem mit dem des Jahres 2002 (in dem der Begriff „Demokratie“ übrigens 56 Mal erschienen war) und der Bezug auf wichtige politische Diskussionen, Reden und Dokumente aus den zurückliegenden fünf Jahren. Bevor die Ergebnisse des XVII. Parteitags im Einzelnen analysiert werden, ist daher zunächst ein kurzer Rückblick über die Diskussion politischer Reformen seit dem Jahr 2002 angeraten.

### **Die politische Reformdebatte seit dem Jahr 2002**

Die Nachfolge seines Vorgängers im Amt des Generalsekretärs des ZK der KPCh trat Hu Jintao im Herbst 2002 mit einer Emphase der Volksnähe und des sozialen Ausgleichs an. Der geregelte Übergang von der dritten zur vierten Führungsgeneration unter Hu Jintao, die Beschwörung konstitutioneller und gesetzlicher Schranken der Ausübung der Parteiherrschaft, die Betonung eines institutionalisierten kollektiven Führungsstils (symbolisiert durch die Abschaffung der jährlichen Klausursitzungen der Parteispitze im Badeort Beidaihe) und konsultativer Entscheidungsprozesse (etwa durch die Einführung regelmäßiger „Studiensitzungen“ für Politbüromitglieder) unterstrichen das Bild einer volksnahen und reformfreudigen Regierungspartei, offen für drängende soziale Belange und bereit zu einer Selbstbeschränkung ihrer Macht. Die SARS-Krise im Frühjahr 2003 bot der neuen Führungsspitze den Anlass, im Kadersystem neue Mechanismen politischer Verantwortlichkeit zu installieren und mehr Transparenz einzufordern (Holbig 2002; Zhao 2006). Hinzu kam das offene Eingeständnis sozialer Widersprüche und Probleme, insbesondere der wachsenden sozioökonomischen Disparitäten zwischen Stadt und Land, Ost und West, Ober- und Unterschichten, aber auch weitverbreiteter Korruption, massiver Umweltzerstörung und anderer gesellschaftlicher Missstände. Mit Billigung der Parteiführung legten prominente Sozialwissenschaftler Publikationen vor, die die Brisanz dieser Probleme noch unterstrichen. Begleitet wurde die neue „Offenheit“ durch eine stetige Zunahme sozialer Proteste und Demonstrationen (Schucher 2007), die sich zum Teil durch Bezugnahme auf das offizielle Problembewusstsein der parteistaatlichen Führung legitimierten.

In einer ideologisch aufgeheizten Atmosphäre, die vor dem Hintergrund der Öffnung der KPCh für Privatunternehmer im Jahr 2001 und Diskussionen um eine konstitutionelle Gleichstellung privaten und öffentlichen Eigentums im Vorfeld der Verfassungsrevision vom März 2004 zu heftigen Kontroversen zwischen konservativen („linken“) und liberalen („rechten“) Kräften geführt

hatte, kulminierte das neue Problembewusstsein im Jahr 2004 in einer hochrangigen Befassung mit der Frage der „Regierungskapazität der Partei“ (*dang de zhizheng nengli*). Parteiintern war, wie zahlreiche Artikel in verschiedenen parteitheoretischen Zeitschriften zeigen, teilweise explizit von einer „Legitimitätskrise“ (*hefaxing weiji*) die Rede, in die die Kommunistische Partei – trotz bzw. gerade wegen der so erfolgreich verlaufenen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes – durch die Begleiterscheinungen sozialer Ungleichheit, Korruption und revolutionären Identitätsverlusts geraten sei (Gilley 2007; C.a., 5/2004:967-968). Selbstkritisch wurde „Erfolg oder Misserfolg des chinesischen Sozialismus, Zukunft und Schicksal der chinesischen Nation sowie Leben und Tod der Partei“ (*ibid.*) von der Stärkung der Regierungskapazität der KPCh und damit ihrer Fähigkeit zur Lösung dieser dringlichen Probleme abhängig gemacht. Die offizielle Antwort war schnell parat: das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ (*kexue fazhan guan*) und die Vision einer „harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ (*shehuizhuyi hexie shehui*), die beide Parteichef Hu Jintao zugeschrieben werden. Beide beruhen im Kern, wie unten näher auszuführen sein wird, auf dem Anspruch eines Ausgleichs gesellschaftlicher Widersprüche und wirtschaftlicher Entwicklungsdisparitäten durch eine paternalistische parteistaatliche Führung, die aus ihrem „wissenschaftlichen“ Erkenntnisvorsprung die praktische Kompetenz wie auch die ideologische Rechtfertigung für eine übergreifende Steuerung und „Harmonisierung“ sozioökonomischer Prozesse bezieht.

Parallel zu und teilweise unbeeindruckt von dieser offiziellen Rhetorik setzte sich die eliteninterne Debatte über weitergehende politische Reformen untermessen fort. Parteitheoretiker und Sozialwissenschaftler formulierten zahlreiche Vorschläge für eine Überwindung der Legitimitätskrise, die von einer Einführung liberaldemokratischer Konkurrenzelemente, institutionalisierter Checks und Balances sowie rechtsstaatlicher Kontrollmechanismen über innerparteiliche Demokratisierung bis hin zur Rückkehr zu den sozialistischen Grundwerten reichen. An die internationale Öffentlichkeit drang die anhaltend kontroverse Debatte verstärkt seit dem Frühjahr 2007, als ein liberaler Parteiveteran einen „demokratischen Sozialismus“ nach skandinavischem Vorbild als Reformmodell für das chinesische Parteiensystem empfahl und dafür scharfe Kritik aus konservativen Parteikreisen erntete. Diese erkannten in den Wirtschaftsreformen Deng Xiaopings und in der Öffnung der KPCh für „Kapitalisten“ einen Verrat am Sozialismus und eine existenzielle Gefahr für die Partei. Der Volksrepublik China drohe das gleiche Schicksal wie der Sowjetunion, wenn man sich nicht rechtzeitig

auf die marxistischen Wurzeln besinne. In den Sommer- und Herbstmonaten 2007 folgten zahlreiche liberale Plädoyers für eine Trennung von Partei und Regierung, für eine Ausdehnung demokratischer Konkurrenzahlen, für eine Stärkung rechtsstaatlicher Institutionen und partizipativer Elemente, um der wirtschaftlichen Modernisierung und gesellschaftlichen Pluralisierung Rechnung zu tragen. Wenige Tage vor dem Beginn der XVII. Parteitag erregte ein von über 12.000 Petitionären unterzeichneter offener Brief an die Parteiführung Aufsehen, in dem diese aufgefordert wurde, die Einhaltung grundlegender demokratischer und ziviler Freiheitsrechte zu garantieren und echte politische und rechtsstaatliche Reformen in die Wege zu leiten (SCMP, 10.10.07; C.a., 3/2007:107/108; Kleining 2007).

Vor dem Hintergrund dieser kontroversen Debatten hofften viele Beobachter, dass von dem XVII. Parteitag der KPCh eine klare Signalwirkung in Richtung auf eine Intensivierung politischer Reform und Demokratisierung ausgehen könnte. Hatte Parteichef Hu Jintao während seiner ersten Amtszeit die in ihn gesetzten Reformenerwartungen insgesamt enttäuscht, so schienen derartige Hoffnungen nun umso berechtigter, als seine politische Macht in der zweiten Amtszeit als endgültig konsolidiert gelten konnte.

### **„Wissenschaftliches Entwicklungskonzept“ und „Harmonische Gesellschaft“**

Wie zu erwarten war, fanden das seit Anfang 2004 formulierte „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ und die „harmonische Gesellschaft“ nicht nur in Hu Jintaos Parteitagsbericht vielfache Erwähnung, sondern auch expliziten Eingang in das Parteistatut der KPCh.<sup>1</sup> Die Tatsache, dass Hu Jintao es zu Lebzeiten, ja sogar nach nur fünf Jahren Amtszeit geschafft hatte, dem offiziellen Theoriekanon in der Reihe der Mao-Zedong-Ideen, der Deng-Xiaoping-Theorie und der „Dreifachen Repräsentation“ Jiang Zemins seinen eigenen Stempel aufzuprägen, wurde allgemein als klares Zeichen der Konsolidierung seiner Machtbasis innerhalb der Partei gewertet.

<sup>1</sup> Entgegen mehrerer falscher Medienberichte wurde nicht nur das wissenschaftliche Entwicklungskonzept, sondern auch das Konzept einer harmonischen Gesellschaft explizit in das Parteistatut aufgenommen; vgl. die Zusammenstellung der neu aufgenommenen Passagen im Anhang. Der Parteitagsbericht findet sich in voller Länge in RMRB, 25.10.07, in vollständiger englischer Übersetzung in China Central TV-1, 15.10.07, nach BBC PF, 17.10.07.

In praktischer Hinsicht lassen sich die beiden neuen Konzepte im Sinne einer ausgewogeneren Sozialpolitik und einer nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Wirtschaftsentwicklung verstehen. So lautet der Kerngedanke des wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts, „den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und eine umfassende, koordinierte und nachhaltige Entwicklung zu realisieren“. Demnach ist verlaubliches Ziel der Parteiführung,

die Entwicklung von Stadt und Land, von verschiedenen Regionen, von Wirtschaft und Gesellschaft und die harmonische Entwicklung von Mensch und Natur sowie die inländische Entwicklung und die Öffnung nach außen einheitlich zu planen.

Unter dem Motto der „harmonischen Gesellschaft“ gilt es,

die interessenbezogenen Probleme, die der Bevölkerung am meisten am Herzen liegen, sie am unmittelbarsten betreffen und von größter Aktualität sind, angemessen zu lösen und [...] eine Situation herbeizuführen, in der alle ihr Können zur vollen Entfaltung bringen, den ihnen gebührenden Platz einnehmen und harmonisch miteinander leben. (S. Anhang; vgl. auch Holbig 2005)

Zum „wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufbau“ gesellt sich nunmehr gemäß der neuen „4 in 1“-Formel auch der „gesellschaftliche Aufbau“, den aktiv voranzutreiben die Partei sich laut abgeändertem Statut zur Hauptaufgabe gemacht hat. Ein eigenes, neu eingeführtes Kapitel des Parteitagsberichts zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards benennt in diesem Zusammenhang Maßnahmen wie die Verbesserung der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur, eine aktive Beschäftigungspolitik, den Abbau der Einkommensdisparitäten zwischen Stadt und Land oder den Ausbau des sozialen Sicherungssystems insbesondere für die benachteiligte Landbevölkerung. Diese Vorhaben ebenso wie der an anderer Stelle geforderte verstärkte Einsatz umwelt- und ressourcenschonender Maßnahmen untermauern den politischen Willen der Parteiführung bei der Umsetzung dieser Konzepte, wenn auch keine Aussagen getroffen werden, wie all diese groß angelegten Vorhaben zu finanzieren sind.

Auffällig ist in diesem Kontext, dass eines der konkretesten wirtschaftspolitischen Ziele des Parteitagsberichts streng genommen im Widerspruch zum Gedanken einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung steht. So wurde die Zielmarke für den „umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ (*quanmian jianshe xiaokang shehui*), die auf dem XVI. Parteitag der KPCh zuletzt mit einer Vervierfachung des GDP des Jahres 2000 angesetzt worden war, nun

nach oben korrigiert (zu dem „Dreistufenplan“ wirtschaftlicher Modernisierung bis zum Jahr 2050 s. Holbig 2002:1402/1403). So ist nicht mehr von einer Vervierfachung des GDP, sondern des GDP pro Kopf im gleichen Zeitraum (also von rund 850 USD pro Kopf im Jahr 2000 auf mind. rund 3.500 USD pro Kopf) die Rede. Diese – bei erwartbarem fortschreitenden Bevölkerungswachstum – ambitionierte Zielkorrektur war einigen internationalen Beobachtern zunächst entgangen, spielte in der inländischen Medienberichterstattung jedoch durchaus eine prominente Rolle. Nach Aussagen Hu Angangs, Direktor des renommierten Center for Chinese Studies an der Qinghua-Universität, geht die Zielkorrektur auf eine Studie seines Forschungszentrums zurück. Darin war gezeigt worden, dass dieses ehrgeizigere Ziel angesichts der hohen jährlichen Wirtschaftswachstumsraten der Vergangenheit auch bei moderaten zukünftigen Wachstumsraten von unter 7,5% zu erreichen sei (Hu 2007; Interview der Autorin mit Prof. Hu Angang am 13.11.2007 in Beijing). Auch wenn die Zielerreichung damit in statistischer Hinsicht nicht problematisch sein dürfte, so läuft das damit verbundene Signal einer Heraufsetzung quantitativer Wachstumsziele der Botschaft einer nachhaltigen und umweltgerechteren Entwicklung zuwider, die qualitativen Aspekten den Vorrang vor quantitativen Aspekten gibt. Aus ökologischer Sicht erscheint dies umso fragwürdiger, als die seit einigen Jahren in China diskutierte Einführung eines „Green GDP“, das die ökologischen Kosten wirtschaftlicher Entwicklung ökonomisch beziffern und das GDP konventioneller Berechnung entsprechend nach unten korrigieren würde, vorerst an politischen Widerständen gescheitert ist (Steinhardt & Jiang 2007).

### **Ideologische Rechtfertigung des Führungsanspruchs der KPCh**

Abgesehen von dieser Diskussion des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ und der „harmonischen Gesellschaft“ als Ausdruck einer politischen Praxis nachhaltiger Entwicklung und ausgewogener Sozialpolitik sollte nicht übersehen werden, dass diese Konzepte zugleich eine große ideologische Tragweite besitzen. So beinhaltet das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ mit seiner Betonung „einheitlicher Planung“ den impliziten Anspruch auf einen „wissenschaftlichen“ Vorsprung der parteistaatlichen Führung in der Erkenntnis sozialer Widersprüche und Probleme, aus dem sich wiederum ein politischer Herrschaftsanspruch ableitet. Wie ein konservativer Parteiveteran anerkennend philosophierte:

In meinen Augen bedeutet das wissenschaftliche Entwicklungskonzept, dass der Staat die Wirtschaft in geplanter, ausgewogener und koordinierter

Art und Weise entwickelt. [...] Mit anderen Worten handelt es sich um eine Planwirtschaft. (*Ming Pao*, 11.10.07, nach BBC PF, 13.10.07)

Ebenso enthält der Begriff der „Harmonie“, der unter anderem nun auch in die im Parteistatut definierte „Grundlinie“ der KPCh eingeflossen ist („Aufbau Chinas zu einem reichen starken, demokratischen, zivilisierten, harmonischen und modernen sozialistischen Land“, s. Anhang), neben der Anerkennung gesellschaftlicher Widersprüche und Interessenkonflikte den Anspruch eines aktiven Parts der parteistaatlichen Führung als übergeordnete Instanz für eine „Harmonisierung“ derselben. Mit der Betonung ausgewogener Sozialpolitik, nachhaltiger Entwicklung und einer Politik, die den „Menschen in den Mittelpunkt stellt“, geht somit eine subtile ideologische Rechtfertigung des Führungsanspruchs der KPCh einher (Holbig 2006).

Diese Legitimierungsfunktion wird noch deutlicher, wenn man das aufwändige ideologische Rahmenwerk näher betrachtet, in das die beiden Konzepte eingebunden sind. Bereits der letzte Parteitagsbericht im Jahr 2002 hatte das Banner des „Sozialismus chinesischer Prägung“ als Ausdruck einer auf die spezifische chinesische Realität zugeschnittenen Ideologie hochgehalten. Auf dem XVII. Parteitag wurde diese nun als „theoretisches System des Sozialismus chinesischer Prägung“ (*Zhongguo tese shehuizhuyi lilun tixi*) auf eine höhere Stufe gehoben. So wird in einem abweichend vom bisherigen Gliederungsschema an prominenter Stelle neu eingeführten Kapitel „Der großartige historische Prozess von Reform und Öffnung“ nicht nur dargelegt, dass die unter Deng Xiaoping eingeleitete Reformpolitik die richtige historische Entscheidung war und unbeirrt fortzusetzen ist – freilich unter Wahrung der „vier Grundprinzipien“ (sozialistischer Weg, demokratische Diktatur des Volkes, Führung der KPCh, Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Gedanken). Argumentiert wird darüber hinaus, dass das von der vierten Führungsgeneration unter Hu Jintao formulierte „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ und die „harmonische Gesellschaft“ die jüngste Weiterentwicklung des „theoretischen Systems des Sozialismus chinesischer Prägung“ darstellen und damit nach Deng-Xiaoping-Theorie und „Dreifacher Repräsentation“ Jiang Zemins ihren innovativen Beitrag zur erfolgreichen „Sinisierung des Marxismus“ leisten. In Entsprechung dieser Argumentation wurde auch in das Parteistatut folgender neuer Absatz aufgenommen:

Alle Erfolge und Fortschritte, die wir seit der Einführung der Reform und Öffnung erzielt haben, sind zusammenfassend darin begründet, dass der Weg des Sozialismus chinesischer Prägung gebahnt und das theoretische

System des Sozialismus chinesischer Prägung gebildet wurde. Alle Genossen der ganzen Partei sollen den Weg des Sozialismus chinesischer Prägung und das theoretische System des Sozialismus chinesischer Prägung, die die Partei trotz allerlei Schwierigkeiten geschaffen hat, besonders hochschätzen, langfristig daran festhalten und sie weiterentwickeln. [...] (S. Anhang)

Wie diese Passagen deutlich machen, „beweist“ der Erfolg von Reform und Öffnung das korrekte Bekenntnis der KPCh zu Marxismus und Sozialismus, die es in Übereinstimmung mit der chinesischen Realität beständig weiterzuentwickeln und zu sinisieren gilt. Umgekehrt gelten die fortgesetzten theoretischen Innovationen der Parteiführung als Grund für den bisherigen wirtschaftlichen Reformenerfolg ebenso wie als Garant zukünftigen Erfolgs. Mit dieser teleologischen Argumentation wird der Führungsanspruch der KPCh kraft ihrer theoretischen Innovativkraft nicht nur rückwirkend legitimiert, sondern auch für die Zukunft fortgeschrieben.

Der Exkurs ins Dickicht kommunistischen Parteijargons verdeutlicht das Bedürfnis nach ideologischer Selbstvergewisserung durch den Rückbezug auf sozialistische und marxistische Kernwerte und lässt erahnen, in welchem hohen Maße die angeblich so pragmatische Reform- und Öffnungspolitik mit einem stark ideologisch untermauerten Führungsanspruch der KPCh zusammengedacht wird. Die ausgeprägte ideologische Dimension des Parteitageberichts nur auf den Druck von Seiten linksgerichteter „Altvorderen“ innerhalb der Partei zurückzuführen, hieße, die politische Bedeutung der Ideologie zu unterschätzen. Vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten Legitimitätskrise, in der Teile der Parteielite die KPCh seit einigen Jahren sehen, erklärt sich darin vielmehr das Bemühen der Parteiführung, die kommunistische Einparteiherrschaft unter den Vorzeichen wirtschaftlicher Modernisierung neu zu legitimieren.

### **Volksdemokratie unter Führung der KPCh**

Wie auch im letzten Parteitagebericht ist dem Thema politischer Strukturreform ein eigenes Kapitel gewidmet, in dem eine „stetige Vertiefung der politischen Strukturreform in Übereinstimmung mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung“ gefordert wird. Das Gewicht dieser Forderung wird allerdings dadurch relativiert, dass das betreffende Kapitel etwa um ein Viertel kürzer ausfällt als das entsprechende Kapitel vor fünf Jahren und sich statt der damals neun Unterpunkte auf nurmehr sechs Aspekte politischer Reform beschränkt.

Wie auch im Jahr 2002 wird vorab daran erinnert, dass bei der Reform der politischen Strukturen an der „korrekten politischen Orientierung“ und an der führenden Rolle der KPCh festzuhalten sei. Die Prinzipien der Führung der Partei, der Rolle des Volkes als „Herr des Staates“ und der gesetzesgemäßen Regierung müssten „organisch integriert“ werden. Konkret werden dann unter dem Begriff der „sozialistischen Demokratie“, der bereits im letzten Parteitagbericht eine prominente Rolle gespielt hatte, die folgenden Aspekte behandelt:

- Ausbau der Volksdemokratie. Genannt wird hier in sehr vager Rhetorik u.a. die Stärkung der Partizipationsrechte der Bürger, der Ausbau des Volkskongresssystems und des Systems Politischer Konsultativkonferenzen sowie der regionalen Autonomie. Eine konkrete Neuerung ist die Forderung nach einer höheren Repräsentation ländlicher Bevölkerungsteile in den Volkskongressen auf allen Ebenen. War im Jahr 2002 noch zu lesen, das Volkskongresssystem solle sicherstellen, dass „die Gesetzgebung und die Entscheidungen den Willen des Volkes noch besser zum Ausdruck bringen“, so heißt es nun, die Volkskongresse sollten dazu beitragen, „die Positionen der Partei durch legislative Prozesse in den Willen des Staates zu übertragen“ (*shi dang de zhuzhang tongguo fading chengxu chengwei guojia yizhi*). Inwieweit diese knappe, aber signifikante Neuformulierung einen Dammbbruch in Richtung parteipolitischer Vereinnahmung der Volkskongresse darstellen könnte, lässt sich in der Theorie schwer ermesen. Zumindest kommt die neue Beschreibung der institutionellen Realität insofern näher, als das Volkskongresssystem in der Verfassung pro forma zwar als Manifestation parlamentarischer Volksgewalt gilt, seine Agenda faktisch aber durch die KPCh gelenkt wird. Im Sinne konsultativer Demokratie wird ferner gefordert, in Fragen, die das allgemeine Interesse unmittelbar berühren, die öffentliche Meinung frühzeitig in den legislativen und politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen, wie es in den vergangenen Jahren bereits wiederholt praktiziert wurde.
- Weiterentwicklung der Basisdemokratie, also der Selbstverwaltung auf den untersten Ebenen dörflicher und städtischer Verwaltung, die zugleich der Überwachung lokaler Partei- und Regierungskader dient. Gefordert wird eine Intensivierung der Reformen im Bereich der Selbstverwaltung auf Dorf- und Gemeindeebene, worunter konkret wohl eine Ausdehnung von Experimenten mit demokratischen Wahlen auf Gemeindeebene zu verstehen sein dürfte. Auch sollen gesellschaftliche Organisationen wie Vereine, Verbände etc. eine größere Rolle in der gesellschaftlichen Selbstverwaltung spielen.

- Ausbau der sozialistischen Rechtsordnung und rechtsstaatlicher Strukturen. Besondere Erwähnung findet hier der „Respekt und Schutz der Menschenrechte“, eine Passage, die dem Wortlaut einer entsprechenden Verfassungsänderung im März 2004 folgt (Holbig 2004).
- Ausweitung der patriotischen Einheitsfront. Neu ist hier die aktive Einbindung religiöser Kreise in das Einheitsfrontkonzept, indem religiösen Funktionsträgern und Gläubigen eine positive Rolle im Bereich wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zugewiesen wird. Dahinter verbirgt sich eine religionspolitische Neuausrichtung im Zusammenhang des Aufbaus einer „harmonischen Gesellschaft“ (Hetmanczyk 2007).
- Beschleunigung der Reform der Verwaltungsstrukturen und Aufbau einer dienstleistungsorientierten Regierung. Die Rede ist hier u.a. von einer Trennung von Regierungs- und Unternehmensfunktionen, von Regierungs- und Nichtregierungsfunktionen und von Regierungsorganen und von Organisationen wirtschaftlicher Interessenvermittlung (insbesondere den zahlreichen Wirtschafts- und Branchenverbänden, die damit im Unterschied zu anderen nichtwirtschaftlichen Verbandsorganisationen eine weitere Aufwertung erfahren könnten). Nicht genannt wird hingegen eine Trennung von Partei und Regierung, wie sie in den 1980er Jahren explizit gefordert worden war. Angekündigt wird ferner, im Sinne einer weiteren Straffung des Ressortzuschnitts im parteistaatlichen Verwaltungsapparat überlappende und konkurrierende Kompetenzen abzubauen sowie die Zahl der Führungsstellen zu reduzieren. Im Zuge weiterer Verschlinkungsmaßnahmen, die auf der konstituierenden Sitzung des XI. Nationalen Volkskongresses im März 2008 bekannt gegeben werden dürften, könnte sich der Trend der letzten Jahre verstärken, führende Partei- und Regierungspositionen häufiger in Personalunion zu besetzen.
- Verbesserung von Kontroll- und Überwachungsmechanismen. Unter dem Motto einer Ausübung politischer Macht „im Sonnenlicht“ wird hier in vagen Worten eine stärkere Institutionalisierung von präventiven Kontrollmaßnahmen und Sanktionsmechanismen gefordert, um die unter Partei- und Regierungsfunktionären weit verbreitete Korruption zu bekämpfen.

Insgesamt bleiben die Ausführungen zur „sozialistischen Demokratie“ sehr vage und höhlen den Demokratiebegriff eher aus als ihn zu konkretisieren. Im Wesentlichen verbleiben sie innerhalb des konzeptionellen Rahmens, der im Herbst 2005 durch ein erstes *Weißbuch zur politischen Demokratie* abgesteckt worden war. Demokratie wird hier im Kern als „Volksdemokratie unter der Führung der

KPCh“ verstanden (C.a., 6/2005:Ü7).

### **Innerparteiliche Demokratie als Mittel zum Zweck**

Ansatzweise greifbar erscheint die Verwendung des Demokratiebegriffs einzig im letzten Kapitel des Parteitagsberichts, der traditionell dem „Aufbau der Partei“ gewidmet ist. Die Rhetorik ideologischer Selbstvergewisserung vom Anfang aufgreifend, wird hier zunächst noch einmal die große Bedeutung theoretischer Innovation durch eine „lernende“ (*xuexixing*) Partei herausgestellt, um die Regierungskapazität der KPCh, insbesondere die ihrer Führungsorgane, zu erhalten und zu erhöhen. Besonderes Gewicht wird dabei dem Thema der „innerparteilichen Demokratie“ gewidmet, deren Realisierung als eine Vorbedingung für die Realisierung der Volksdemokratie betrachtet wird:

Um die Volksdemokratie zu entwickeln, gilt es, die innerparteiliche Demokratie auszuweiten, und um die gesellschaftliche Harmonie zu fördern, gilt es, die innerparteiliche Harmonie zu erhöhen.

Diese Aussage folgt ganz offenkundig einem leninistischen Verständnis der Partei als „Vorhut“ und vornehmster Vertreterin der Volksmassen und impliziert damit ein weiteres Mal die Führungsrolle der KPCh im politischen Reformprozess. Demokratisierung wird dabei gerade nicht als Selbstzweck verstanden, sondern rein utilitaristisch als Mittel zur Steigerung der Effizienz und Legitimität der Partei herrschaft. Ziele innerparteilicher Demokratisierung sind eine breitere Abstimmung und Unterfütterung parteipolitischer Entscheidungen durch transparentere parteiinterne Konsultationsprozesse sowie die Stärkung der persönlichen Verantwortlichkeit von Führungskadern in Partei und Regierung durch die Ausweitung von Konkurrenzahlen an der Parteibasis und eine breitere Beteiligung von Parteimitgliedern in personellen Fragen.

Konkret sehen die Ausführungen im Parteitagsbericht und entsprechende Abänderungen im Parteistatut im Rahmen innerparteilicher Demokratisierung die folgenden Maßnahmen vor:

- Erhöhung der Transparenz in wichtigen Angelegenheiten der Partei und Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen für „demokratische Diskussionen“ innerhalb der KPCh.
- Verstärkung der Arbeit der Parteikomitees auf allen Ebenen zwischen den Parteikongressen. Hatte sich die Aufgabe von Parteitagsdelegierten bzw. Mitgliedern lokaler Parteikomitees in der Bestätigung von Personalentscheidungen übergeordneter Parteigremien erfüllt, so sollen sie nun durch ein neues

„tenure“-System befähigt werden, sich über die volle Amtszeit hinweg an personalpolitischen und inhaltlichen Diskussionen zu beteiligen. Im Rahmen ausgewählter lokaler Pilotprojekte auf Kreisebene soll mit entsprechenden Reformen experimentiert werden.

- Stärkere Einbindung von lokalen Parteikomitees und deren Ständigen Ausschüssen in wichtige parteipolitische Entscheidungsprozesse, auch durch die Einführung neuer Abstimmungsverfahren in personellen und inhaltlichen Fragen.
- Regelmäßige Berichterstattung des Politbüros der KPCh an das Zentralkomitee (bereits umgesetzt) und analog der Ständigen Ausschüsse lokaler Parteikomitees an die entsprechenden Plenargremien (offenbar noch nicht überall umgesetzt), die damit eine Überwachungsmöglichkeit erhalten sollen.
- Reform innerparteilicher Wahlverfahren. Die Mitglieder lokaler Basisorganisationen der Partei sollen durch „demokratische“ Nominierungs- und Wahlverfahren stärker als bisher in personelle Entscheidungen einbezogen werden. Bei der Besetzung lokaler Führungspositionen soll die Entscheidung nicht mehr von den jeweils übergeordneten Parteiinstanzen allein, sondern auf der Grundlage „demokratischer Empfehlungen“ von Seiten der Basisorganisationen auf der jeweiligen Ebene gefällt werden. Laufende Experimente mit direkten parteiinternen Konkurrenzahlen für Führungspositionen auf den untersten administrativen Ebenen sollen auf eine größere Zahl lokaler Pilotprojekte ausgeweitet werden.
- Zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung wird unter anderem die Einführung eines Systems regelmäßiger Inspektionen auf zentraler und Provinzebene angekündigt.

Im Vergleich zu den sehr vagen Formulierungen im Bereich des Ausbaus der „Volksdemokratie“ finden sich hier einige institutionelle Neuerungen, die am ehesten einen konkreten politischen Reformwillen erkennen lassen. Insbesondere von den genannten lokalen Pilotvorhaben, in deren Rahmen im lokalen Alltag mit bestimmten Reformmodellen experimentiert wird, kann oftmals eine erhebliche Strahlkraft für weitergehende Reformschritte auf nationaler Ebene ausgehen.

### **Die neue Führungsspitze der KPCh: Ein Produkt innerparteilicher Demokratie?**

Dass die Präferenz eindeutig auf der Seite „innerparteilicher Demokratie“ liegt, zeigt nicht nur die Rhetorik des Parteitagsberichts, sondern auch die Betonung

demokratischer Verfahren bei der jüngsten Neubesetzung der Führungsgremien der KPCh. Wie die staatlichen Medien nicht müde wurden zu betonen, sei die Auswahl der Parteitagsdelegierten, der Vollmitglieder und Kandidaten des neuen Zentralkomitees sowie der Mitglieder des neuen Politbüros im Vorfeld und während des XVII. Parteitags auf der Grundlage demokratischer Nominierungs- und Auswahlverfahren erfolgt. Insbesondere seien im Vergleich zum letzten Parteitag der KPCh im Jahr 2002 verstärkt kompetitive Elemente zum Einsatz gekommen.

So wurde bereits im August 2007 bei der Bekanntgabe der 2.217 Delegierten zum XVII. Parteitag hervorgehoben, dass 15% mehr Kandidaten nominiert worden seien als tatsächlich Sitze zu besetzen waren. Wenn der kompetitive Charakter hier auch stark inszeniert wirkt, so könnte er in Zukunft doch an Bedeutung gewinnen, falls die Ankündigung umgesetzt wird, die Parteitagsdelegierten über ihre einmalige Teilnahme am Parteitag hinaus in die parteipolitischen Konsultationsprozesse der folgenden fünf Jahre einzubeziehen. Von größerer politischer Signifikanz ist in jedem Fall die Diskussion über Konkurrenzahlen bei der Besetzung des Zentralkomitees der KPCh. Nachdem im Jahr 2002 die Zahl der Bewerber um gut 5% höher gelegen hatte als die Zahl der tatsächlich zu besetzenden Mitglieder- und Kandidatensitze im Zentralkomitee, so hatten reformorientierte Vertreter der Partei im Vorfeld des XVII. Parteitags nun gehofft, die kompetitive Marge könnte auf 10 bis 15% steigen. Faktisch betrug diese nun nur 8,3%, was im Trend immerhin einen leichten Anstieg gegenüber 2002 bedeutet. Betont wurde in den staatlichen Medien aber vor allem, dass bei der Nominierung von Kandidaten starkes Gewicht auf die seit Oktober 2006 landesweit eingeholten „demokratischen Empfehlungen“ aus den Reihen der Partei gelegt worden sei. Ebenfalls als Ausdruck eines kompetitiven Wahlverfahrens war die Liste der 167 ZK-Kandidaten, die im Unterscheid zu den 204 ZK-Vollmitgliedern nicht stimmberechtigt sind, nicht „alphabetisch“ (d.h. nach Strichzahl der Familiennamen) geordnet, sondern absteigend nach Abstimmungsergebnissen. Der Blick auf die unteren Listenplätze lässt damit durchaus Rückschlüsse auf die parteiinterne Popularität der Kandidaten zu.

Auch die Besetzung des Politbüros und damit der parteipolitischen Schaltzentrale folgte nach Darstellung der inländischen Medien einem demokratischen Sondierungsprozess. So soll bereits im Juni 2007 mehr als 400 Mitgliedern der Partielite, darunter den Vollmitgliedern und Kandidaten des XVI. Zentralkomitees der Partei sowie führenden Vertretern zentraler Parteiorgane, eine

Namensliste mit fast 200 Kandidaten für die 25 Sitze des Politbüros vorgelegt worden sein, aus der sie eine Auswahl treffen sollten (Xinhua, 24.10.07, nach BBC PF, 25.10.07; XNA, 24.10.07). Aus den Berichten geht weder hervor, ob es sich hier um eine geheime oder offene Vorauswahl handelte, noch, inwieweit die letztendliche Auswahl der Politbüromitglieder an diese Vorauswahl gebunden war. Immerhin ist aber zu sehen, dass die Betonung der wichtigen Rolle „demokratischer Empfehlungen“ einen gezielten Gegenentwurf zu dem verbreiteten Bild darstellt, wonach die Politbürositze im kleinsten Kreis der Parteispitze nach völlig diskretionären persönlichen und faktionellen Machtinteressen „geschachert“ werden. Angesichts der hochgradigen Intransparenz des Nachfolgeprozesses ist von außen nicht zu ermessen, welches Gewicht persönliche und faktionelle Interessen tatsächlich haben. Dennoch sollte die wachsende Bedeutung institutionalisierter kompetitiver Elemente und kollektiver Aushandlungsmechanismen in diesem Prozess nicht unterschätzt werden.

Dies gilt nicht zuletzt auch für eine Innovation auf der höchsten Ebene parteipolitischer Macht: Nachdem zahlreiche China-Watcher seit längerem davon ausgegangen waren, dass Parteichef Hu Jintao den XVII. Parteitag nutzen würde, um seinen Schützling und Vertrauten aus dem Kommunistischen Jugendverband, den 52-jährigen Li Keqiang nach altbewährtem Muster in den Ständigen Ausschuss des Politbüros und damit in die exklusive Startposition für seine Nachfolge im Amt des KPCh-Generalsekretärs zu hieven, ist nun relativ unerwartet der 54-jährige Xi Jinping an Li Keqiang vorbeigezogen. Xi Jinping, der nunmehr auf Platz 6 des Ständigen Ausschusses des Politbüros gelandet ist, könnte sich als neuer Leiter des ZK-Sekretariats und ab März 2008 voraussichtlich als stellvertretender Staatspräsident zum Nachfolger Hu Jintaos ab 2012 qualifizieren, während Li Keqiang, hinter ihm auf Platz 7, im März 2008 das Amt des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten annehmen dürfte und damit in die Fußstapfen von Premier Wen Jiabao treten könnte (zu den Personalien des Parteitags siehe den folgenden Beitrag von Liu Jen-Kai; Shambaugh 2007; vgl. auch C.a., 5/2007:152-155). Mit dieser „Doppelspitze der Kronprinzen“ ist Wirklichkeit geworden, was viele Beobachter noch wenige Wochen zuvor nicht für möglich gehalten hätten. Dieses überraschende Ergebnis sollte allerdings nicht unbedingt als persönliche Schlappe Hu Jintaos gewertet werden, wie einige Analysten dies tun. Vor dem Hintergrund der hier geführten Diskussion um innerparteiliche Demokratisierung könnte darin auch der bewusste Versuch der Parteiführung zum Ausdruck kommen, parteipolitische Differenzen stärker auszutarieren und

personelle Entscheidungen im Sinne „innerparteilicher Demokratisierung“ auf eine breitere kollektive Basis zu stellen.

## Ausblick

Soweit sich aus der Analyse der offiziellen Parteitagsdokumente ableiten lässt, dürften Hoffnungen auf eine weitergehende Demokratisierung von Chinas politischem System aus sich selbst heraus auch weiterhin enttäuscht bleiben. Zwar ist von einer „Vertiefung der politischen Strukturreformen“ die Rede, jedoch liegt dabei ein klarer Schwerpunkt auf „innerparteilicher Demokratie“, die auf eine Stärkung der Effizienz und Legitimität der KPCh abzielt. Demokratie im liberaldemokratischen Verständnis einer Beschränkung staatlicher Macht durch rechtsstaatliche Garantien und institutionalisierte Checks and Balances sowie demokratischer Partizipation der Bürger ist hingegen kein politisches Reformziel in China. Zwischen den Zeilen des Parteitagsberichts wird deutlicher als zuvor, dass die parteistaatliche Führung immer weniger Anlass sieht, sich an den Normen westlicher Demokratie zu orientieren. Stattdessen wartet sie mit einem eigenen „sinisierten“ Demokratiebegriff auf, der unzweideutig durch die Wahrung des Führungsmonopols der KPCh umrissen ist. Insgesamt lassen sich verschiedene Strategien zur Stärkung organisatorischer Effizienz und ideologischer Kohäsion innerhalb der KPCh feststellen, die im Trend eher zu einer Konsolidierung als zu einem Abbau autoritärer Strukturen führen könnten.

Die sich damit abzeichnende Bestärkung eines „weichen Autoritarismus“ (Baum 2006) in der Volksrepublik scheint die vorläufige Antwort auf eine in Teilen der Partielite wahrgenommenen Legitimitätskrise zu sein, wie sie seit dem Jahr 2004 vor dem Hintergrund negativer Begleiterscheinungen der Wirtschaftsreform, allen voran wachsender sozioökonomischer Disparitäten, grassierender Korruption und dramatischer Umweltverschmutzung, verstärkt problematisiert wird. Auffällig ist dabei das starke Bedürfnis nach ideologischer Selbstvergewisserung, das stärker als in den Vorjahren durch die Rückversicherung bei und Anverwandlung („Sinisierung“) von marxistischen und sozialistischen Kernwerten befriedigt wird. Zugleich wird das Führungsmonopol der KPCh kraft ihrer theoretischen Innovativkraft gerechtfertigt, die sie dazu prädestiniert, sozioökonomische Widersprüche auszugleichen und gesellschaftliche Interessenkonflikte zu harmonisieren.

Ausblickend stellt sich damit die Frage, wie tragfähig dieses traditionelle ideologische Repertoire der KPCh noch ist beziehungsweise wie es angereichert

werden kann, um seine legitimierende Funktion weiterhin zu erfüllen. Wie sich in der Rhetorik der Parteitagdokumente andeutet, dienen dazu Anleihen bei einer im Bau befindlichen nationalen Identität. So ist die Rede unter anderem von einem „Nationalgeist mit Patriotismus als seinem Kern“, einem „Nationalgeist der Selbstachtung, des Selbstvertrauens und des unaufhaltsamen Vorwärtstrebens“ sowie von der Weiterentwicklung der „vorzüglichen traditionellen Kultur der Nation“ – Schlagworte, die nunmehr auch Eingang in das Parteistatut gefunden haben (s. Anhang). Aus dem Statut stillschweigend gestrichen wurde hingegen eine Passage zum wirtschaftlichen und technischen Austausch mit anderen Ländern und zur Nutzung internationaler „Zivilisationserrungenschaften“ (ibid.), ein Bereich, wo man sich zukünftig offenbar stärker auf die eigene Kraft verlassen möchte. Im Verein mit der wachsenden Selbstwahrnehmung der Volksrepublik nicht nur als einer wirtschaftlichen, sondern auch politischen und „zivilisatorischen“ Großmacht könnten damit in den kommenden Jahren die Anreize weiter schwinden, die Legitimation parteistaatlicher Herrschaft an den demokratischen Normen des Westens auszurichten. Vielmehr scheint die Führungsspitze der KPCh bemüht, einen eigenen Bezugsrahmen für die Bildung politischer Werte und nationalstaatlicher Identität zu schaffen, der eine Alternative zum normativen Gravitationszentrum westlicher Demokratie darstellt. Die aktuelle politikwissenschaftliche Diskussion über die „Rückkehr autoritärer Großmächte“ (Gat 2007) könnte das neue Selbstvertrauen Chinas durchaus beflügeln.

## Anhang

### Zentrale Passagen des revidierten Parteistatuts der KPCh

Zusammengestellt ist im Folgenden eine Auswahl wichtiger neu eingefügter und gestrichener Passagen im „Allgemeinen Programm“ des „Parteistatuts der Kommunistischen Partei Chinas“ in der abgeänderten Fassung vom 21.10.2007.<sup>2</sup>

#### Neu eingefügter Absatz 7:

Seit dem XVI. Parteitag hält das Zentralkomitee der Partei daran fest, sich von der Deng-Xiaoping-Theorie und den wichtigen Ideen des „Dreifachen Vertretens“ leiten zu lassen, bringt gemäß der Forderung der neuen Entwicklung die Weisheit der ganzen Partei zusammen und hat das wissenschaftliche Entwicklungskonzept, das dadurch gekennzeichnet ist, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und eine umfassende, koordinierte und nachhaltige Entwicklung zu realisieren, aufgestellt. Das wissenschaftliche Entwicklungskonzept ist eine wissenschaftliche Theorie, die sowohl eine Übernahme des Marxismus-Leninismus, der Mao-Zedong-Ideen, der Deng-Xiaoping-Theorie und der wichtigen Ideen des „Dreifachen Vertretens“ darstellt als auch mit der Zeit Schritt hält. Es ist die wichtige Leitlinie für die Entwicklung der Wirtschaft und die Gesellschaft unseres Landes und der wichtige strategische Gedanke über die Entwicklung des Sozialismus chinesischer Prägung, an dem wir festhalten und den wir durchsetzen müssen.<sup>3</sup>

#### Neu eingefügter Absatz 8:

Alle Erfolge und Fortschritte, die wir seit der Einführung der Reform und Öffnung erzielt haben, sind zusammenfassend darin begründet, dass der Weg des Sozialismus chinesischer Prägung gebahnt und das theoretische System des Sozialismus chinesischer Prägung gebildet wurden. Alle Genos-

<sup>2</sup> Die hier zitierten Passagen folgen der vom Central Compilation and Translation Bureau der VRCh vorgenommenen deutschen Übersetzung des „Statuts der Kommunistischen Partei Chinas (Abgeänderte Fassung)“, angenommen am 21. Oktober 2007. Zur Gegenüberstellung mit dem Text der 2002 abgeänderten Fassung des Parteistatut siehe C.a., Dezember 2002, S.1422-1435.

<sup>3</sup> Die Aufnahme des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ in den Theoriekanon der KPCh wirkt sich auf zahlreiche Passagen des „Allgemeinen Programms“ wie auch der Mitgliedersatzung des Parteistatuts aus, die hier nicht alle im Detail wiedergegeben werden.

sen der ganzen Partei sollen den Weg des Sozialismus chinesischer Prägung und das theoretische System des Sozialismus chinesischer Prägung, die die Partei trotz allerlei Schwierigkeiten geschaffen hat, besonders hochschätzen, langfristig daran festhalten und sie weiterentwickeln. Die Genossen der ganzen Partei sollen das große Banner des Sozialismus chinesischer Prägung hochhalten und sich dafür einsetzen, die großen historischen Aufgaben – die Vorantreibung der Modernisierung, die Vollendung der Wiedervereinigung des Vaterlandes, die Erhaltung des Weltfriedens und die Förderung der gemeinsamen Entwicklung – zu erfüllen.

Neu eingefügt in Absatz 9:

Es gilt, Arbeit, Wissen, Fachkräfte und schöpferische Tätigkeiten zu respektieren und zu erreichen, dass die Entwicklung dem Volk dient, sich auf das Volk stützt und das Volk an den Errungenschaften der Entwicklung teilhat. [...] Es gilt, gemäß der Gesamtanordnung der Sache des Sozialismus mit chinesischer Prägung den wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Aufbau allseitig voranzutreiben. [...]

Neu eingefügt in Absatz 10: Einfügung des Attributs „harmonisch“ in die Passage:

Die Grundlinie der Kommunistischen Partei Chinas [...] ist [...] dafür zu kämpfen, China zu einem reichen, starken, demokratischen, zivilisierten, harmonischen und modernen sozialistischen Land aufzubauen.

Gestrichen im neuen Absatz 13 (zuvor Absatz 11)

Die Öffnung umfasst die allseitige Öffnung nach innen und nach außen. Wir müssen den wirtschaftlichen und technischen Austausch und die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit anderen Ländern ausbauen, noch mehr und noch besser auswärtige Geldmittel, Ressourcen und Technologien nutzen und alle von der menschlichen Gesellschaft geschaffenen Zivilisationserrungenschaften, einschließlich aller fortschrittlichen Bewirtschaftungsformen und Managementmethoden der entwickelten Länder im Westen, die die Gesetzmäßigkeiten der modernen vergesellschafteten Produktion verkörpern, absorbieren und ausnutzen.

Neu eingefügt in Absatz 13:

Bei der Reform und Öffnung müssen wir [...] die Wissenschaftlichkeit der

Entscheidungsfindung für die Reform erhöhen und die Koordiniertheit der Reformmaßnahmen verstärken [...].

Neu eingefügter Absatz 14:

Die Kommunistische Partei Chinas führt das Volk bei der Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft, konsolidiert und entwickelt unbeirrt die gemeineigene Wirtschaft sowie ermutigt unbeirrt die nicht gemeineigenen Wirtschaften zur Entwicklung und unterstützt und leitet diese Entwicklung an.<sup>4</sup> Sie entfaltet die fundamentale Funktion des Marktes bei der Allokation von Ressourcen und etabliert ein vollständiges System der makroökonomischen Steuerung. Sie plant einheitlich die Entwicklung von Stadt und Land, von verschiedenen Regionen, von Wirtschaft und Gesellschaft und die harmonische Entwicklung von Mensch und Natur sowie die inländische Entwicklung und die Öffnung nach außen, reguliert die Wirtschaftsstruktur und verändert den Wirtschaftsentwicklungsmodus. Sie baut neue sozialistische Dörfer auf, schlägt den neuartigen Industrialisierungsweg ein und baut ein innovationsorientiertes Land sowie eine ressourceneinsparende und umweltfreundliche Gesellschaft auf.

Neu eingefügt in die umgestalteten Absätze 15 bis 17:

Es gilt, an der organischen Einheit von der Führung der Partei, vom Fungieren des Volkes als Herr des Staates und vom gesetzesgemäßen Regieren des Landes festzuhalten und den politischen Entwicklungsweg des Sozialismus chinesischer Prägung zu gehen. [...] Die Menschenrechte sind zu respektieren und zu schützen. [...]

Es gilt, am Marxismus als Leitgedanken festzuhalten, sich das gemeinsame Ideal des Sozialismus chinesischer Prägung zu eigen zu machen, den Nationalgeist mit Patriotismus als seinem Kern und den Zeitgeist mit Reform und Innovation als dessen Kern zur Entfaltung zu bringen, die sozialistische Auffassung von Ehre und Unehre zu befürworten sowie den Nationalgeist der Selbstachtung, des Selbstvertrauens und des unaufhaltsamen Vorwärtstrebens zu stärken. [...]

<sup>4</sup> Diese Formulierung folgt dem Text der Verfassungsänderung vom März 2004, vgl. Holbig 2004.

Die Kommunistische Partei Chinas führt das Volk bei der Gestaltung einer sozialistischen harmonischen Gesellschaft. Es gilt, gemäß der Gesamtanforderung von Demokratie und Rechtsordnung, Fairness und Gerechtigkeit, Vertrauenswürdigkeit und Freundlichkeit, voller Vitalität, Stabilität und Ordnung sowie harmonischem Nebeneinander von Mensch und Natur und nach dem Prinzip des gemeinsamen Aufbaus und des gemeinsamen Genusses sowie mit der Verbesserung des Lebens des Volkes als Schwerpunkt die interessenbezogenen Probleme, die der Bevölkerung am meisten am Herzen liegen, sie am unmittelbarsten betreffen und von größter Aktualität sind, angemessen zu lösen und [...] eine Situation herbeizuführen, in der alle ihr Können zur vollen Entfaltung bringen, den ihnen gebührenden Platz einnehmen und harmonisch miteinander sind.

Neu eingefügt in Absatz 18:

[Die KPCh hält daran fest, ...], dass die Volksbefreiungsarmee die historische Mission der Armee in der neuen Phase des neuen Jahrhunderts erfüllt sowie ihre Rolle bei der Festigung der Landesverteidigung, dem Schutz des Vaterlandes und der Teilnahme an der sozialistischen Modernisierung voll zur Geltung bringt.

Neu eingefügt in Absatz 19:

Es gilt, die grundlegende Richtlinie der Partei für die Arbeit in Bezug auf die Religion umfassend durchzuführen und sich mit den Gläubigen zusammenzuschließen, um zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen.

Neu eingefügt in Absatz 20:

[Wir müssen ...] die langfristige Prosperität und Stabilität Hongkongs und Macaus fördern [...].

Neu eingefügt in Absatz 21:

Die Kommunistische Partei Chinas hält an einer unabhängigen und selbstständigen Außenpolitik des Friedens, am Weg der friedlichen Entwicklung, an der Strategie der auf gegenseitigem Nutzen und gemeinsamem Gewinnen beruhenden Öffnung fest, berücksichtigt die inländische und internationale Gesamtsituation einheitlich, hat sie im Griff und entwickelt die

Beziehungen mit anderen Ländern aktiv, um ein günstiges internationales Umfeld für die Reform, Öffnung und Modernisierung Chinas anzustreben. In internationalen Angelegenheiten wahrt sie die Selbstständigkeit und Souveränität Chinas, bekämpft den Hegemonismus und die Machtpolitik, erhält den Weltfrieden, fördert den Fortschritt der Menschheit und bemüht sich um die Vorantreibung des Aufbaus einer harmonischen Welt, die durch dauerhaften Frieden und gemeinsame Prosperität gekennzeichnet ist.

## Literatur

- Baum, Richard (2006), „The Limits of Consultative Leninism“, in: *Asia Program Special Report*, no.131, „China and Democracy: A Contradiction in Terms“, S.13-20. Online: [http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/FinalASIA\\_131.pdf](http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/FinalASIA_131.pdf) (Aufruf: 2.11.2007)
- Gilley, Bruce (2007), „Legitimacy, Regime Survival, and Democratization in China“, unveröffentlichtes Manuskript, präsentiert auf der Konferenz der Association of Asian Studies im März 2007 in Boston
- Gat, Azar (2007), „The Return of Authoritarian Great Powers“, in: *Foreign Affairs*, July/August. Online: <http://www.foreignaffairs.org/20070701faessay86405/azar-gat/the-return-of-authoritarian-great-powers.html> (Aufruf: 27.10.2007)
- Hetmanczyk, Philipp (2007), „Ideologiewandel in der chinesischen Religionspolitik: Überwindung einer Legitimitätskrise?“, in: *China aktuell*, 3/2007, S.77-94
- Holbig, Heike (2006), „Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era“, GIGA Working Papers Series No.18. Online: [http://www.giga-hamburg.de/dlcounter/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp18\\_holbig.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dlcounter/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp18_holbig.pdf) (Aufruf: 22.11.2007)
- (2005), „Wissenschaftliches Entwicklungskonzept, ‚Harmonische Gesellschaft‘ und ‚Eigenständige Innovation‘. Neue parteipolitische Prioritäten unter Hu Jintao“, in: *China aktuell*, 6/2005, S.13-19
- (2004), „Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteiensherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004“, in: *China aktuell*, März 2004, S.259-274
- (2002), „Der XVI. Parteitag der KPCh. Teil II: Politische Weichenstellungen“, in: *China aktuell*, Dezember 2002, S.1402-1412
- Hu, Angang (2007), *2020 Zhongguo quanmian jianshe xiaokang shehui* (Umfassender Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand im China des Jahres 2020), Qinghua daxue chubanshe (Verlag Qinghua-Universität)
- Kleining, Jochen (2007), „Auf der Suche nach Harmonie. Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas“, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 31.10.2007. Online: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/laenderberichte/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_12235\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_12235_1.pdf) (Aufruf: 15.11.2007)
- Schucher, Günter (2007), „Chinas Streben nach Harmonie: Wunsch und Wirklichkeit“, in: *China aktuell*, 5/2007, S.40-69

- Shambaugh, David (2007), „China's 17th Party Congress: Maintaining Delicate Balances“, in: *Brookings Northeast Asia Commentary*, 15.11.2007. Online: [http://www.brookings.edu/opinions/2007/11\\_china\\_shambaugh.aspx?p=1](http://www.brookings.edu/opinions/2007/11_china_shambaugh.aspx?p=1) (Aufruf: 15.11.2007)
- Steinhardt, H. Christoph & Yihong Jiang (2007), „The Politics of China's 'Green GDP'“, in: *China aktuell*, 5/2007, S.25-39
- Zhao, Suisheng (2006), „Political Reform in China: Towards Democracy or a Rule of Law Regime?“, in: *Asia Program Special Report*, no.131, „China and Democracy: A Contradiction in Terms“, S.8-12. Online: [http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/FinalASIA\\_131.pdf](http://www.wilsoncenter.org/topics/pubs/FinalASIA_131.pdf) (Aufruf: 2.11.2007)